

Magdeburg, den 5. September 2025

**Resolution „Mittelstand im Mittelpunkt“
Starke Politik für den Mittelstand in Sachsen-Anhalt statt Milliardensubventionen für
Großkonzerne**

Große Unternehmen sind für einen Wirtschaftsstandort unverzichtbar. Wir freuen uns über die Ansiedlungserfolge solcher Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Doch der Großindustrie Milliarden bei Ansiedlungen zu versprechen und jeden Arbeitsplatz in Millionenhöhe zu subventionieren, während mittelständische Unternehmen reihenweise Insolvenz anmelden, ist eine verheerend falsche Wirtschaftspolitik. Die Standortbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen in Sachsen-Anhalt verschlechtern sich seit Jahren. Es ist höchste Zeit, den unternehmerischen Mittelstand in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik unseres Landes zu rücken. Dafür steht die AfD Sachsen-Anhalt.

Der unternehmerische Mittelstand in Sachsen-Anhalt umfasst tausende Handwerker, Freiberufler, Einzelhändler, produzierende Unternehmen und Dienstleister. Er besteht aus Firmen mit einigen hundert Mitarbeitern ebenso wie aus Betrieben ohne Angestellte, selbständigen Landwirten und mitarbeitenden Familienangehörigen. Dieser unternehmerische Mittelstand ist der größte Arbeitgeber und gleichzeitig Steuerzahler unseres Landes. Er trägt den Großteil der Ausbildungsanstrengungen und engagiert sich für seine Region. Im Gegensatz zu Großkonzernen kann er den Standort nicht einfach verlagern und ist daher besonders auf unterstützende Standortbedingungen angewiesen. Aktuell belasten ihn Steuer- Energie- und Sozialpolitik sowie Bürokratie jedoch massiv. Mittelstandspolitik muss alle politischen Bereiche umfassen, von der Wirtschafts- über die Bildungs- bis hin zur Infrastrukturpolitik. Nur so kann wirtschaftliche Stabilität gefördert und die Freiheit in unserer Gesellschaft gesichert werden. Mehr als 20 Jahre CDU-Regierung in Sachsen-Anhalt haben dem Mittelstand geschadet. Es ist Zeit für eine Wende in der Wirtschaftspolitik.

Unsere konkreten Maßnahmen:

1. Bürokratieabbau durchsetzen

Die ausufernde Bürokratie mit langen Genehmigungsverfahren und zahllosen Berichtspflichten ist seit langem einer der größten Standortnachteile Deutschlands. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft schätzt, dass es 5.000 Bundesgesetze mit über 100.000 Regelungen gibt, zusätzlich zu Landes- und Kommunalregelungen sowie direkt geltendem EU-Recht. Dies überfordert den Mittelstand und auch die Vollzugsbehörden auf kommunaler Ebene. In wichtigen Genehmigungsfragen gehört Sachsen-Anhalt zu den Schlusslichtern unter den Bundesländern. Während die Landesregierung sich damit brüstet, Genehmigungen bei ausgewählten Großvorhaben zu beschleunigen, sind für den Mittelstand solch schnelle Verfahren ausgeschlossen. Lange Genehmigungsverfahren gefährden viele Projekte.

Wir werden:

- Keiner neuen Bundesvorschrift zustimmen, die nicht in ihrer Geltungsdauer befristet ist.
- Für jede neue Landesvorschrift zwei bestehende Gesetze und Verordnungen streichen.
- Genehmigungsverfahren mit einer Fiktion der Genehmigung nach einer bestimmten Frist versehen.
- Einmal jährlich über den Stand des Bürokratieabbaus berichten.

2. Unternehmensnachfolge sichern

Die Schwierigkeiten, eine Nachfolge für den eigenen Betrieb zu finden, sind in ganz Deutschland groß, in den neuen Bundesländern aber besonders ausgeprägt. Die Existenzgründer der 90er Jahre stehen vor der Herausforderung, Nachfolger für ihre Unternehmen zu finden. Dies wird erschwert, da viele junge Menschen ihre Heimat verlassen haben. Der Verlust mittelständischer Betriebe hat weitreichende negative Folgen für Regionen und Städte, die über den Wegfall von Gewerbesteuererinnahmen hinausgehen. Unternehmen sind unverzichtbar für den sozialen und kulturellen Zusammenhalt in der Region.

Wir werden:

- Bei Fragen der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik die Interessen der mittelständischen Wirtschaft bevorzugt berücksichtigen.
- In Schulen und Ausbildungsstätten die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung und den Wert unternehmerischer Selbstständigkeit stärker vermitteln.

- Auf Bundes- und Landesebene Steuerreformen durchsetzen, die eine Unternehmensnachfolge erleichtern.
- In Zusammenarbeit mit den Kammern, Vermittlungsaktivitäten zur Nachfolgefindung stärken.

3. Arbeitnehmer- und Fachkräftepotential erschließen

Es ist finanziell zu attraktiv, nicht zu arbeiten und Bürgergeld in Anspruch zu nehmen. Gerade in wirtschaftlich schwächeren Regionen haben viele kleinere Unternehmen kaum eine Chance, Arbeitskräfte so zu bezahlen, dass diese finanziell deutlich besser aufgestellt sind als ohne Arbeit. Eine umfassende Reform muss dazu führen, dass sich Arbeit wieder lohnt.

Der öffentliche Dienst benötigt für die immer ausufernde und übergreifendere Bürokratie immer mehr Personal zur Umsetzung, dazu mischen sich ideologische Aspekte wie Genderirrsinn oder Klimahysterie. Mit teils überhöhten Stellendotierungen treten sie in direkte Konkurrenz mit den kleinen mittelständischen Betrieben in der Region.

Bedingt durch eine familienfeindliche Politik, die die demographische Katastrophe bedingt, erleben wir eine beispiellose Überalterung der Bevölkerung mit großen Folgen für die Wirtschaft. Neben einer lebensbejahenden Familienpolitik heißt es jedoch auch Anreize zu schaffen, um das Wissen und Können jener Jahrgänge der sogenannten Babyboomer-Generation (auf freiwilliger Basis) länger nutzbar zu machen.

Wir werden:

- Für eine Reduzierung der Steuerlast von Arbeitnehmern sorgen, damit sich Arbeit wieder lohnt.
- Uns für eine Erhöhung der bestehenden Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner einsetzen.
- Die Verschärfung von Sanktionsmöglichkeiten im Bürgergeld bei Ablehnung von Arbeit anstreben.
- Der Personalkörper des öffentlichen Dienstes darf nicht weiter aufgebläht und muss perspektivisch wieder verschlankt und auf die notwendigen Aufgaben reduziert werden.

4. Ökonomische Realitäten anerkennen

In einer globalisierten Welt müssen mittelständische Unternehmen in die Lage versetzt werden, tatsächlich wettbewerbsfähig zu sein. Die unsinnige Energiepolitik der etablierten Altparteien hat diese Unternehmen jedoch an den Rand des Möglichen gedrängt. Der Anstieg von Insolvenzen und die Verlagerung von

Betriebsstätten gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit auch Sachsen-Anhalt. Wir setzen der ideologischen Energiepolitik ein Ende und kehren zur Vernunft zurück. Zu einer rationalen Wirtschaftspolitik gehört es auch, die für unsere heimische Wirtschaft so schadhaften Russlandsanktionen zu beenden. Sie haben nachweislich Deutschland geschadet. Um den Unternehmen hierbei zu helfen werden folgende Maßnahmen forciert.

Wir werden:

- Die Körperschaftssteuer von derzeit 15% auf 10% absenken.
- Superabschreibungen für Investitionen ermöglichen.
- Die von Ideologie getriebene Energiepolitik beenden.
- Die schadhaften Russlandsanktionen zum Nachteil unserer Wirtschaft beenden.

Unsere Politik stellt wirtschaftliche Selbstständigkeit und die Rahmenbedingungen für den Mittelstand in den Mittelpunkt unserer Aktivitäten. Es ist Zeit für Veränderung. Es ist Zeit für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik mit der Alternative für Deutschland.

Gez. Gordon Köhler
Gez. Matthias Lieschke